

NIEDERSCHRIFT

über die 35. Sitzung des Rates

vom:	05.02.2003
von:	16:00 Uhr
bis:	19:30 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Elter, Uwe
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich - bis 19.10 Uhr w. TOP 4 nöt
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Klöpperpieper, Rolf
2. Stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Krombach, Ulrich
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz

Stv Müller, Manfred
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Schwarz-Schumann, Helga - ab 17.37 Uhr, TOP 4.3
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Stahl, Markus
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst
Stv Zips, Joachim

II. Vom Personalrat:

StAl Müller

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Kühn
Städt. VD Lehmann
Städt. VD Bonstein
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
StAR Rosenthal
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Al-Omary, Falk
Stv Dittert, Katrin
Stv Gierlich, Michael

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Jacob, Martin
Stv Mues, Gunter
Stv Nauck, Gerda
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Walter, Klaus-Volker

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 4.4, 10.1 und 10.2 erweitert.

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Heupel bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschrift

Herr Morgenschweis merkt an, dass er der Erhöhung der Grundsteuer B (TOP 10) nicht zugestimmt hat.

Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass dieser Punkt nur zur Kenntnis genommen und nicht abgestimmt wurde.

Die Niederschrift wird bei Stimmenhaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages Apollo-Theater

Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.01.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu Frage 1: Wann wird der Kooperationsvertrag tatsächlich vorgelegt?

Es ist beabsichtigt, den Entwurf des Kooperationsvertrages dann vorzulegen, wenn alle Details sowohl intern als auch mit dem künftigen Vertragspartner abgestimmt sind.

Wann dies genau sein wird, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht endgültig erklärt werden, unter Vorbehalt im ersten Halbjahr 2003.

zu Frage 2: Was sind die Gründe für die Verzögerung?

Antwort:

Der Kooperationsvertrag regelt umfassend und detailliert die künftige auf Dauer angelegte Zusammenarbeit zwischen der Stadt Siegen und dem Trägerverein „Apollo Theater Siegen e. V.“. Daraus resultiert erheblicher Abstimmungsbedarf sowohl innerhalb der Verwaltung wie auch mit dem künftigen Betreiber des Apollo-Theaters.

3.2. Realisierung des IKEA-Projektes

Anfrage der UWG-Fraktion vom 01.02.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage 1: Seit wann liegt das in Auftrag gegebene Gutachten zur Einzelhandelsverträglichkeit einer möglichen Ansiedlung eines IKEA-Einrichtungshauses auf dem Heidenberg vor?

Antwort:

Bisher liegt lediglich ein Arbeitsentwurf der Verträglichkeitsstudie vor. Insbesondere auf Bitten der Bezirksregierung Arnsberg sind Nacharbeiten zu einzelnen Themenkomplexen erforderlich.

Frage 2: Wann wird das Gutachten dem Rat zur Verfügung gestellt?

Antwort:

Die Verträglichkeitsstudie wird, sobald die endgültige Fassung erarbeitet ist, in den Beratungsgang eingebracht.

Frage 3: Ist es richtig, dass IKEA sich verstärkt dafür einsetzt, den Anteil der Verkaufsfläche mit innenstadtrelevanten Artikeln bereits im Vorfeld über das gesetzlich zulässige Maß auszudehnen?

Antwort:

Die Firma IKEA hat eine Sortimentsliste mit Warengruppenbezeichnungen gem. Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik vorgelegt.

Für das Vorhaben und die damit verbundene notwendige Änderung des Flächennutzungsplanes gelten in diesem Zusammenhang die Vorgaben des Landesentwicklungsprogramms, ergänzt um die Ausführungen des Einzelhandelserlasses NW.

Nur wenn diese Vorgaben unter Berücksichtigung der oberzentralen Funktion Siegens eingehalten werden, ist die erforderliche landesplanerische Abstimmung zu erreichen.

Frage 4: Wird seitens der Verwaltung zugesichert, dass bei Realisierung des IKEA-Projektes die Einhaltung der gesetzlichen Einschränkung auf 10 % überwacht wird?

Antwort:

Wenn es, wie im Übrigen auch in allen anderen Fällen, einen begründeten Verdacht geben sollte, dass Vorgaben und Beschränkungen des Bebauungsplanes bzw. der einzelnen Baugenehmigung nicht eingehalten werden, sind Maßnahmen des Bauordnungsrechtes nach pflichtgemäßem Ermessen zu treffen.

3.3. Immobilienangebote der Stadt Siegen

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage:

In Bezug auf eine aktuelle Anfrage aus der Bürgerschaft bitte ich höflich um Auskunft, welche Immobilien der Stadt Siegen derzeit zum Verkauf anstehen und welche Kaufpreisvorstellung diesen Gebäuden zugrunde liegt?

Antwort:

Zum Verkauf stehen derzeit lediglich die beiden folgenden Wohngebäude:

- Ferndorfstraße 12 im Stadtteil Weidenau,
- Friedrich-Wilhelm-Straße 31 in der Gemarkung Siegen,
- Die Kaufpreisvorstellungen werden auf Einzelanfragen v. Interessenten mitgeteilt.

Außerdem stehen in diesem Jahr Baugrundstücke für Einfamilienhäuser (Einzel- oder Doppelhaus) in folgenden Gebieten zum Verkauf an:

- Baugebiet Wiedthal im Stadtteil Eiserfeld etwa 7 – 10 Grundstücke in einer Gesamtgröße von ca. 5.300 m²
- Baugebiet Stimmerweg im Stadtteil Eisern, 3 – 4 Grundstücke in Größe zwischen ca. 550 m² und 800 m².

Die städtische Wirtschaftsförderung bietet folgende Gewerbeflächen aus dem Eigentum der Stadt Siegen zum Kauf an:

Gewerbegebiet Fludersbach/Seilereiweg, ca. 10.000 qm	- 41 €/qm
Gewerbefläche in der Wehbach, Eiserfeld, ca. 5.000 qm	- 33 €/qm
Gewerbegebiet Schemscheid, Restfläche ca. 900 qm	- 51 €/qm

3.4. Turnhalle des Gymnasiums Am Löhrtor

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2003

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Frage: Wie erklärt die Stadtverwaltung den Umstand, dass Wandfliesen bes. in den Duschräumen nur bis zur Höhe von ca. 1,8 Meter ab OK Fußboden gereinigt werden, darüber klebt der Schmutz aus den Vorjahren (vermutlich schon seit 25 Jahren)?

Antwort:
Die Reinigung der städtischen Gebäude beschränkt sich auf die Einhaltung notwendiger Standards. Neben der Einhaltung von Mindeststandards und wiederkehrenden Grundreinigungen werden auf Rückmeldungen hin Sonderreinigungen dort durchgeführt, wo der Verschmutzungsgrad überdurchschnittlich ist. Dies gilt auch für die Beseitigung von Verschmutzungen, die nur mit kostenträchtiger Aufstellung von Aufstiegshilfen (z.B. Gerüst u.ä.) oder durch Spezialgerät erfolgen kann.
Im Anschluss an eine Reinigungskontrolle der Abteilung Service im Dezember 2002 wurde von dort die Reinigung veranlasst. Anlässlich einer Anfang Januar 2003 durchgeführten Nachkontrolle wurden keine Beanstandungen mehr festgestellt.

Frage: Wann werden die großen Wanduhren instandgesetzt?

Antwort:
Eine Instandsetzung ist derzeit aufgrund anderer Prioritäten und dem geringen schulischen Nutzwert nicht vorgesehen. Auch für den außerschulischen Bereich gibt es keine nachvollziehbare Dringlichkeit, da die Halle mangels Zuschauerplätzen nicht in zeitabhängigen Wettkampfbetrieb eingebunden ist. Es ist davon auszugehen, dass in Verbindung mit anderen anstehenden Unterhaltungsmaßnahmen eine ersatzlose Demontage erfolgt.

Frage: Welche Abteilung/Fachbereich betreut diese Einrichtungen ?

Antwort:
Federführend für die Verwaltung der Einrichtungen ist die Schulverwaltung. Diese bedient sich in Teilbereichen der anderen städtischen Dienststellen, wobei unterschiedliche Abspracheformen bestehen. Beispielsweise wird der Bereich Reinigung

durch Abteilung 2/1-Service- und die Bauunterhaltung durch Abteilung 7/5 - Hochbau- sichergestellt.

Frage: Wie gestaltet sich die personelle Ausstattung dieser Abteilung?

Antwort:

Die Frage kann nur aufgabengebunden beantwortet werden. Eine pauschale Bezifferung nach Arbeitskräften ist nicht möglich bzw. nicht aussagekräftig.

3.5. Hallenbad am Löhrtor u. a.

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

zu a) Schrankmünzen

Alle Schlösser für die Garderobenschränke in den Hallenbädern der Stadt Siegen sind überaltert. Es war nicht möglich - trotz umfangreicher und vielfältiger Bemühungen der Verwaltung - die Schlösser auf den Euro umzurüsten. Neuanschaffungen für mindestens 1000 Schrankschlösser sind nötig. In den meisten Fällen müssten bei einer Umrüstung auch die Schranktüren ausgewechselt werden. Die Kosten einer solchen Aktion würden sich auf ca. 60.000 € belaufen. Haushaltsmittel standen und stehen in dieser Größenordnung nicht zur Verfügung.

Als kostengünstige und kurzfristig realisierbare Übergangslösung ist ab 01.01.2002 eine Schrankwertmünze eingeführt worden, die zum Preis von 50 Cent an der Hallenbadkasse erhältlich ist. Diese Regelung führt zu einem zusätzlichen Aufwand an der Kasse. Die regelmäßigen Badbesucher bringen sich ihre einmal erworbene Schrankmünze immer wieder mit.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bäderkonzeptes ist die Einführung von automatisierten Zugangskontrollen für alle Hallenbäder geplant. Die angebotenen Systeme beinhalten die Möglichkeit, mit der am Automaten erworbenen Eintrittskarte das Garderobenschrankschloss zu bedienen. Mit der Einführung eines solchen Systems kann die Verwendung der übergangsweise eingeführten Schrankmünzen entfallen.

b) Duschräume im Hallenbad Löhrtor

Die Lüftungsanlage ist funktionsfähig. Von einer (dauerhaften) unzureichenden Lüftung ist nichts bekannt.

Die defekten Duscharmaturen sind bereits seit Monaten ausgetauscht worden. Eine Verzögerung der Instandsetzung hat sich dadurch ergeben, dass vorübergehend keine Haushaltsmittel für die laufende Bauunterhaltung der Bäder zur Verfügung gestanden haben.

3.6. Lärmbeeinträchtigungen im Bereich der Erddeponie auf dem Gelände der Sandhalde in Niederschelden

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 15.12.2002

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

In dem angesprochenen Bereich sind in den Jahren 2000 und 2001 die beiden nachstehenden Betriebsgenehmigungen erteilt worden, welche eine hohe Verkehrsfrequenz hervorrufen:

- Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Behandlung von überwachungsbedürftigen Abfällen - Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz durch das staatliche Umweltamt Siegen;
- Rekultivierung der ehemaligen Deponie Niederschelden - Genehmigung nach dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen durch die Untere Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein;

Die Überwachung und Durchsetzung der Auflagen hinsichtlich des Immissionsschutzes liegen in der Zuständigkeit der jeweiligen Genehmigungsbehörde.

Der Stadtverwaltung sind Beschwerden über die Verschmutzung der Zufahrtstraßen bekannt. Die erforderlichen Reinigungsmaßnahmen wurden und werden durch den Verursacher veranlasst. Straßenbautechnische Maßnahmen zur Verbesserung der Straßenverhältnisse sind bereits eingeleitet worden.

Die Abfallbehandlungsanlage wird von der Firma Gesell Containerdienst betrieben. Die Rekultivierungsmaßnahme wird von der "Baustoffaufbereitung Siegerland" (BAS) durchgeführt.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

4.1. Frühzeitige Information der von KAG-Beiträgen betroffenen Anwohner

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Herr Brune erläutert, dass das Verfahren bei KAG-Maßnahmen nicht gesetzlich vorgeschrieben ist und hinsichtlich Art und Umfang der Ausführung i. d. R. nur wenig Spielraum besteht. Die allgemeine Information der Bürgerinnen und Bürger über die Planungen erfolgt u. a. über die öffentliche Diskussion in den Ausschüssen und die Berichterstattung in den Medien. Darüber hinaus werden die betroffenen Anlieger ca. drei Monate vor dem Erlass der Beitragsbescheide umfassend unterrichtet.

Das Beispiel "Ausbau Brüderweg" zeigt die hinreichende Information der Öffentlichkeit, so Herr Schulte. Die Bürgerinnen und Bürger haben zudem grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Fragen unmittelbar an die Verwaltung zu richten. Die CDU-Fraktion sieht keinen Anlass, die bisherige Praxis zu ändern.

Herr Kirchhöfer führt aus, dass erfahrungsgemäß häufig erst bei persönlicher Betroffenheit das Interesse an städtischen Planungen geweckt wird. Der Rat sollte die Diskussionen und Entscheidungen der politischen Gremien nicht in Frage stellen. Die Durchführung von Informationsveranstaltungen bei größeren Maßnahmen ist seines Erachtens sinnvoll und wird auch verwaltungsseitig zugesagt. Die Unterrichtung jedes Einzelnen führt aber zu einem unverhältnismäßigem Aufwand und unnötiger Bürokratie.

Herr Boller merkt an, dass offensichtlich die Medienberichterstattung nicht ausreicht. Intention des Antrages ist zudem, dass *vor Beginn* einer Maßnahme entsprechende Informationen erfolgen.

Bürgermeister Stötzel erkennt das Anliegen an, die Bürgerinnen und Bürger möglichst frühzeitig über städtische Planungen zu informieren. Die Unterrichtung jedes einzelnen Anliegers ist jedoch nicht handhabbar. Zudem ist frühestens nach Abschluss der Planungen, unter dem Vorbehalt des Ausschreibungsergebnisses, eine Aussage zur voraussichtlichen Höhe der Ausbaubeiträge möglich.

Herr Morgenschweis hält ein allgemein gehaltenes Informationsschreiben an die Anlieger für sinnvoll, um dem berechtigten Informationsbegehren Rechnung zu tragen.

Herr Groß betont, dass es seiner Fraktion nicht um eine frühzeitige Mitteilung über die konkreten Beiträge geht, sondern um eine bessere Information der Anlieger, da die Medienberichterstattung offensichtlich nicht jeden erreicht.

Zur Geschäftsordnung beantragt Herr Schneider Schluss der Debatte.

- ◆ Dem Antrag wird mehrheitlich mit den Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Stv Morgenschweis zugestimmt.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren der Bürgerinnen und Bürger in Bauangelegenheiten werden mindestens dahingehend ergänzt, dass Beteiligte, die zur Zahlung von Beiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) herangezogen werden sollen, auf das Verfahren und die Planungen rechtzeitig schriftlich hingewiesen werden. Informiert werden sollen darüber hinaus auch alle unmittelbaren Anwohner, auch wenn sie nicht zur Zahlung von KAG-Beiträgen verpflichtet sind.

Ergebnis: Mehrheitlich dagegen (5 Stimmen dafür), 0 Enthaltungen

4.2. Einhaltung von Umweltstandards bei Vertragspartnern der Stadt Siegen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Herr Boller verweist auf die umfassende Antragsbegründung und betont, dass die Einflussmöglichkeiten der Stadt Siegen auf eine nachhaltige Entwicklung noch nicht ausgeschöpft sind.

Herr Brune führt aus, dass die Einhaltung der Leitlinie zur nachhaltigen Baubewirtschaftung entsprechend der Intention des Antrages bei den Firmen eingefordert wird. Der Vorschlag zur Erarbeitung eines Kriterienkataloges durch die Agenda-Arbeitsgruppen und Eine-Welt-Gruppen ist, falls der Rat dem zustimmt, in diesen Gremien zur Diskussion zu stellen.

Herr Baumeister ergänzt, dass das im Antrag genannte, von der WestLB mitfinanzierte Projekt seit Jahren kontrovers diskutiert wird und verschiedenste Stellungnahmen vorliegen. Die Verbindungen zwischen der Stadt Siegen und der WestLB beschränken sich auf die Abfrage von Kreditkonditionen und im Falle des günstigsten Angebotes auf die Annahme. Im Übrigen ist die Geschäftspolitik der WestLB nicht Angelegenheit der Stadt Siegen, sondern des Aufsichtsrates.

Herr Bertelmann, Herr Schulte, Herr Wunderlich und Herr Kirchhöfer sehen keine unmittelbare Zuständigkeit des Rates.

Herr Boller entgegnet, dass sich die geforderte Einhaltung ökologischer und sozialer Standards auf die Art der Produktion bei Vertragspartnern der Stadt bezieht und nicht auf die Lieferartikel. Seine Fraktion vertritt die Auffassung, dass nur mit einer öffentlichen Diskussion Veränderungen erreicht werden können.

Beschluss (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Die Stadt Siegen achtet bei Auftragsvergaben verstärkt auf die Einhaltung anerkannter ökologischer und sozialer Standards bei ihren Vertragspartnern.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Arbeitsgruppen zur lokalen Agenda 21 und den Eine-Welt-Gruppen in Siegen einen entsprechenden Kriterienkatalog zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

In Umsetzung des Beschlusses zu Punkt 1 schließt die Stadt Siegen keine weiteren Verträge mit der WestLB, solange die Einhaltung der Umweltstandards der Weltbank nicht bei allen Projekten der WestLB gesichert ist.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (4 Stimmen dafür), 1 Enthaltung

4.3. Alternative Standorte für eine Müllumladestation

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 22.01.2003

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertritt die Auffassung, so Frau Strunk, dass eine alternative Zufahrt wirtschaftlich zu aufwändig und nicht zeitnah zu realisieren ist. Daher sollten auch alternative Standorte, zumindest für die Umladestation, in die Überlegungen einbezogen werden. Um eine Verlagerung von Betriebsteilen beurteilen zu können, sind detaillierte Verkehrsdaten vorzulegen.

Herr Brune merkt an, dass der Kreis Siegen-Wittgenstein primär andere Zufahrtsmöglichkeiten untersucht, da diese geringeren Kosten realisiert werden könnten. Erst wenn diesbezüglich keine Lösung ergibt, wäre mittelfristig ein anderer Standort für eine Verladestation zu prüfen. Zu den beiden genannten Standorten ist anzumerken, dass der Bereich Leimbachtal für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen ist. Der Standort Rinsenau ist auf Grund der Nähe zur Wohnbebauung mit erheblichen Problemen behaftet.

Herr Schulte bezweifelt, dass der Flächenbedarf am Standort Rinsenau abgedeckt werden kann. Darüber hinaus sieht er erhebliche Beeinträchtigungen des Wohnquartiers Dreisbach durch Lärm- und Geruchsimmissionen. Der Vorschlag ist daher ungeeignet.

Für Frau Gaden ist ein Alternativstandort unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten schwer darstellbar. Ziel sollte sein, die Belastung in der Fludersbach durch eine zweite Zufahrt zu reduzieren. Eine neue Verkehrszählung ist nicht erforderlich.

Herr Bertelmann führt aus, dass für die zukünftige Müllentsorgung eine möglichst wenig belastende Erschließung angestrebt werden sollte. Der Vorschlag, Überlegungen zu anderen, geeigneten Flächen anzustellen, ist vom Grundsatz her zu befürworten. Diese sollten aber nur dann vertieft werden, wenn eine alternative Zufahrt nicht realisiert werden kann. Dafür ist zunächst das Ergebnis der Prüfung abzuwarten, bevor konkrete Standorte in die Diskussion gebracht werden. Im Hinblick auf die Verkehrsbelastung in der Fludersbach hält er eine differenzierte Betrachtung der Müllumladestation einerseits und der Sortieranlage und der Gewerbebetriebe in der Fludersbach andererseits auf der Grundlage einer aktuellen Verkehrszählung für erforderlich. Er persönlich erwartet keine wesentliche Entlastung des Bereiches durch eine zweite Erschließung.

Nach Auffassung von Herr Schiemer ist die Diskussion über alternative Standorte zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv. Zum einen fehlen für eine Beurteilung die notwendigen Daten, zum anderen wurden bereits Untersuchungsaufträge erteilt.

Herr Boller entgegnet, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keine Lösung in Form einer zweiten Zufahrt und darüber hinaus eine teilweise Verlagerung erwartet. Die Probleme am Standort Dreisbach werden nicht verkannt, sollten aber genau betrachtet werden. Die geplante Nutzung des Geländes an der Leimbachstraße könnte,

unabhängig von der Errichtung einer Müllverladestation, zu einer Lösung der Gewerbeflächenproblematik beitragen. Der aktuelle Stand der Planungen ist jedoch nicht bekannt.

Er erklärt sich damit einverstanden, die konkreten Standortvorschläge aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Zur Geschäftsordnung beantragt Frau Moll Schluss der Debatte.

Herr Kirchhöfer stellt den weitergehenden Antrag auf Übergang zur Tagesordnung mit dem Hinweis auf die bestehenden Beschlüsse in der Sache.

- ◆ Der Rat der Stadt Siegen stimmt mehrheitlich mit den Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Stv Morgenschweis sowie zwei Enthaltungen dem Antrag auf Übergang zur Tagesordnung zu.

4.4. Baustopp der Maßnahme "Bürgerpark Numbach"

Antrag der UWG-Fraktion vom 01.02.2003 (Tischvorlage)

Herr Bertelmann verweist zur Begründung ergänzend auf die fehlenden Parkplätze für das Berufskolleg und die Belastung in den Wohnquartieren hin. Ein Ausgleich über den ÖPNV - wie z. B. mit dem Semesterticket der Uni - konnte mit den VWS bisher nicht erreicht werden. Die Umsetzung der Maßnahme ist nach Auffassung der UWG-Fraktion aus diesen Gründen und angesichts der Haushaltslage zum jetzigen Zeitpunkt nicht angemessen.

Falls der Antrag abgelehnt werden sollte schlägt er hilfsweise vor, die Verwaltung zu beauftragen, Ersatzparkplätze, z. B. auf einer Teilfläche des Busbereitstellungsplatzes, zur Verfügung zu stellen. Der Kreis Siegen-Wittgenstein sollte aufgefordert werden, mit den VWS eine Verbesserung bezüglich des ÖPNV zu erreichen.

Herr Brune verweist auf die bereits erteilten Aufträge und die Rechtsansprüche im Falle einer Nichterfüllung der Verträge bzw. Verschiebung des Baubeginns. Über Ersatzparkplätze wurde mehrfach und ausführlich diskutiert. Eine Nutzung des provisorischen Busbereitstellungsplatzes ist nicht möglich.

Bürgermeister Stötzel ergänzt, dass der Stadt Siegen bei der Neugestaltung der Fläche Ökopunkte für Ausgleichsmaßnahmen gutgeschrieben werden.

Herr Schulte lehnt den Antrag ab mit dem Hinweis, dass der Bereich nunmehr mit einem verhältnismäßig geringen finanziellen Aufwand umgestaltet werden kann und zudem günstige Ausschreibungsergebnisse erreicht wurden. Die Schulen sind frühzeitig auf die Sperrung des Parkplatzes hingewiesen worden.

Herr Schneider weist auf die massiven Beschwerden der Anwohner über den Parksuchverkehr hin. Er hält es für sinnvoll, den *Baubeginn zurückzustellen*, bis Ersatz-

parkplätze unter der HTS zur Verfügung stehen und die Bauarbeiten an der Berufsschule abgeschlossen sind.

Im Hinblick auf den langen Zeitraum seit dem Abzug der belgischen Streitkräfte und der Entscheidung über die Umgestaltung der Fläche sieht Herr Boller keine Veranlassung, die Baumaßnahme zu stoppen.

Herr Bertelmann ist mit der Umformulierung des Antrages dahingehend einverstanden, dass die Umsetzung *ausgesetzt* wird.

Beschluss (über den Antrag der UWG-Fraktion):

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Durchführung der Baumaßnahme "Bürgerpark Numbach" auszusetzen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (20 Stimmen dafür - SPD, UWG),
1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)**

5. Durchführung von Einwohnerversammlungen

Vorlagenr. 2475/2003 - Vorlage vom 21.01.2003

Herr Kirchhöfer bemängelt, dass keine Themen aufgeführt sind. Er hält es für sinnvoller, eine Festlegung für einen überschaubaren Zeitraum mit konkreten Tagesordnungspunkten vorzunehmen.

Bürgermeister Stötzel führt aus, dass mit der Vorlage zunächst die Absicht bekundet werden soll, in der laufenden Legislaturperiode möglichst in allen Stadtteilen Einwohnerversammlungen durchzuführen. Die Termine und Tagesordnungen werden sich an dem Informationsbedarf orientieren und dem Rat in jedem Einzelfall vorgelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Durchführung von Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen

- Birlenbach
- Bürbach
- Dillnhütten
- Gosenbach
- Langenholdinghausen/Meiswinkel
- Obersetzen/Niedersetzen
- Siegen-Mitte
- Sohlbach/Buchen
- Weidenau

und beauftragt den Bürgermeister mit der Durchführung der Veranstaltungen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnungspunkte der einzelnen Einwohnerversammlungen werden dem Rat vorab zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 8 Enthaltungen

6. Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Vorlagenr. 2452/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der der Vorlage beige-fügten Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltungen

7. Kommunalwahl 2004 - Bildung des Wahlausschusses -

Vorlagenr. 2472/2003 - Vorlage vom 16.01.2003

Herr Boller erklärt, dass die Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der UWG-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion sowie der Stadtverordnete Morgenschweis eine Zählgemeinschaft bilden.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind anwesend:

CDU-Fraktion	24
SPD-Fraktion	16
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	4
UWG-Fraktion	4
Stv Morgenschweis	1

Die Sitzverteilung ergibt sich danach wie folgt:

CDU-Fraktion	5 Sitze
SPD-Fraktion	3 Sitze
Zählgemeinschaft	2 Sitze

Die Mitglieder des Wahlausschusses (einschließlich Vertretung) werden entsprechend der nachstehenden Auflistung benannt.

Beschluss:

1. Für die Kommunalwahl 2004 wird ein Wahlausschuss mit 10 Beisitzern gebildet.
2. Der Rat der Stadt Siegen wählt folgende Personen in den Wahlausschuss:
 1. Mues, Steffen Vertreter/in Ferger, Bernd-Dieter (s. B.)
 2. Schmidt, André Vertreter/in Dreisbach, Jürgen
 3. Moll, Ilona Vertreter/in Heupel, Rüdiger
 4. Rothenpieler, Wilhelm Vertreter/in Wunderlich, Horst
 5. Schulte, Werner Vertreter/in Schiemer, Hansgeorg
 6. Schneider, Manfred Vertreter/in Köhl, Siegfried
 7. Lauble, Wilhelm Vertreter/in Eberlein, Klaus-Peter
 8. Gaden, Helga Vertreter/in Dr. Stötzel, Wolfgang
 9. Spies, Hartmut (s. B.) Vertreter/in Walter, Klaus-Volker
 10. Klauser, Raimund (s. B.) Vertreter/in Söhler, Petra (s. B.)

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Vorlagennr. 2399/2002 und 2399/2002 A

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend den in den Verwaltungsvorlagen Nr. 2399/2002 und 2399/2002 A genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. **Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Vorlagennr. 2222/2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. **Ausschussneubesetzungen**

- 10.1. **Ausschussneubesetzung
hier: Ausländerbeirat, Ausschuss für Personal, Organisation und Frau-
engleichstellung, Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen
und Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid**

Vorlagennr. 2481/2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

1. in den Ausländerbeirat

Frau Katrin Dittert (Stv) als stellvertretendes beratendes Mitglied

2. in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied

3. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Marc Klein (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

5. in den Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Herrn Guido Bingener (s. B.) als ordentliches Mitglied,
Herrn Jürgen Werner (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
Herrn Hendrik Menne (s. B.) als stellvertretendes Mitglied und
Herrn Matthias Bock (s. B.) als stellvertretendes Mitglied.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10.2. Ausschussneubesetzung

**hier: Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung,
Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Vorlagennr. 2490/2003

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Herrn Detlef Rujanski (Stv) als ordentliches Mitglied

in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Marianne Wolf (Stv) als ordentliches Mitglied und Herr Heinrich Gerlach (Stv)
als stellvertretendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Büro des Bürgermeisters
Bearbeitet von: Herrn Runge

Datum
21.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

05.02.2003

Betreff:

Durchführung von Einwohnerversammlungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Durchführung von Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen

- Birlenbach
- Bürbach
- Dillnhütten
- Gosenbach
- Langenholdinghausen/Meiswinkel
- Obersetzen/Niedersetzen
- Siegen-Mitte
- Sohlbach/Buchen
- Weidenau

und beauftragt den Bürgermeister mit der Durchführung der Veranstaltungen. Ort, Zeitpunkt und Tagesordnungspunkte der einzelnen Einwohnerversammlungen werden dem Rat vorab zur Beschlussfassung vorgelegt.

Sachverhalt / Begründung:

Gem. § 23 Abs. 1 GO NW unterrichtet der Rat die Einwohner über die allgemein bedeutsamen Angelegenheiten der Gemeinde. Hierbei sollen die Einwohner bei bedeutsamen Planungen und Vorhaben möglichst frühzeitig über die Grundlagen sowie Ziele, Zwecke und Auswirkungen unterrichtet werden. Hierbei ist den Einwohnern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

Aufgrund der Vielzahl von Einzelvorhaben in den jeweiligen Stadtteilen soll in 2003 und ggf. in 2004, durch die Durchführung von Einwohnerversammlungen auch verstärkt der Dialog mit den Einwohnern gesucht werden.

Für den Bereich Siegen-Mitte ist je nach Themenlage und aufgrund der Einwohnerzahlen eine Aufteilung in:

- Lindenberg, Häusling, Rosterberg, Hammerhütte, Eintracht
- Achenbach, Heidenberg, Fischbacherberg
- Wellersberg, Charlottental, Sieghütte
- Giersberg, Oberstadt, Unterstadt, Hain

denkbar.

Bisher wurden mit hoher Akzeptanz und großem Erfolg Versammlungen in nachstehend aufgeführten Stadtteilen durchgeführt:

- Geisweid am 24.01.2001
- Eiserfeld am 13.09.2001
- Niederschelden am 25.10.2001
- Eisern am 15.11.2001, 07.03.2002, 21.11.2002
- Oberschelden am 04.07.2002
- Kaan-Marienborn am 10.10.2002
- Trupbach am 29.10.2002
- Seelbach am 07.11.2002

Die Gesamtteilnehmerzahl von rund 1.800 Einwohnern/innen unterstreicht das rege Interesse seitens der Bevölkerung an diesen Veranstaltungen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Frau Zilz

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	23.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der dieser Vorlage beigefügten Anlage 1.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 28.11.2001 die Vorlagen 1393/01 und 1393/01A zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften zurückverwiesen.

Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, die Abgrenzung und Zuordnung der Gebietszonen nochmals zu überprüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Eine nochmalige eingehende Diskussion innerhalb der Verwaltung erbrachte folgendes Ergebnis:

1. Neueinteilung der Gebietszonen für die Stellplatzablösesatzung:

Hauptansatzpunkt für die Neueinteilung der Gebietszonen im Stadtgebiet waren die städtebaulichen Veränderungen der vergangenen Jahre und die nicht mehr angemessene Abstufung der Zonen untereinander. Die letzte Anpassung der Gebietszonen erfolgte bekanntlich im Jahr 1993. Es ist sinnvoll die Grenzen der Gebietszonen fließend ineinander übergehen zu lassen.

Aufgrund der besonderen Situation der Siegener Oberstadt ist vorgesehen, diesen Bereich künftig als Zone II „Historische Altstadt“ zu kennzeichnen. Die Zonen I Siegen-Mitte und Weidenau-Mitte sollen künftig schwerpunktmäßig den direkten Geschäftsbereich mit überwiegend gewerblicher Nutzung erfassen. Zielsetzung ist, die an die Zentren angrenzende Wohnbebauung der Zone II zuzuordnen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei der Einteilung der Gebietszonen die Gesamtstruktur des Stadtgebietes mit den jeweiligen Siedlungsschwerpunkten nach dem Flächennutzungsplan (FNP) betrachtet wurde. Die Siedlungsschwerpunkte befinden sich in Siegen, Weidenau, Geisweid und Eiserfeld. Bei diesen vier Siedlungsschwerpunkten gemäß FNP sowie in den angrenzenden Randbereichen erfolgte schwerpunktmäßig die Gebietszoneneinteilung.

Zum besseren Verständnis wird erneut darauf hingewiesen, dass **das gesamte Stadtgebiet in drei Gebietszonen** eingeteilt wurde. Die farblich gekennzeichneten Flächen stellen die Zonen I und II dar. Bei den nicht gekennzeichneten Flächen handelt es sich um die Gebietszone III und somit um das übrige Stadtgebiet. Mithin greift die Stellplatzablösesatzung auf sämtlichen Bauflächen des Stadtgebietes Siegen.

Im Einzelnen werden folgende Änderungen der Gebietsabgrenzungen gegenüber der ursprünglichen Satzung vorgeschlagen:

Siegen-Weidenau

Die Gebietszone I wird im Bereich Waldhausstraße, Flurstraße, Charlottentalstraße, Bismarckstraße, Auf dem Mühlengraben zurückgenommen, da hier derzeit und auch zukünftig keine Entwicklungen zu erwarten sind, die eine Einstufung in Zone I (Geschäftsbereich) rechtfertigen. Die in erster Linie durch eine Wohnnutzung geprägten Flächen werden bei der Neueinteilung der Zone II zugeordnet.

Siegen-Mitte

Die Gebietszone I wurde entsprechend der jüngsten Entwicklung des Geschäftsbereiches in der Unterstadt mit City-Galerie und Hauptpost über den Bahnhof bis zur HTS in nordwestlicher Richtung ausgedehnt. Der Bereich der Historischen Altstadt wurde ebenso über das Areal zwischen Spandauer Straße, Obergraben und Löhrtor der Gebietszone II zugeordnet und damit herabgestuft. Dies geschieht in erster Linie um einen abgestuften Übergang zwi-

schen Zone I und Zone III zu erreichen und Gebiete mit ähnlicher Struktur in Randlage zur Innenstadt gleich zu behandeln.

Die Fläche entlang der Weiß zwischen Löhrtor, Frankfurter Straße, Hainer Hütte und Lohgraben wurde in die Gebietszone II aufgenommen, da sich hier seit einiger Zeit städtebauliche Veränderungen anbahnen, die u. a. durch die Aufgabe von gewerblich-industriellen Nutzungen ausgelöst werden. Die hier neu entstehenden Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen sind durchaus mit anderen der Zone II zugeordneten Gebieten – wie Kaisergarten, Sieghütte, Hammerhütte und Leimbachtal – zu vergleichen und sollten zukünftig auch so behandelt werden.

Siegen-Eiserfeld:

Die vorgeschlagene Ausweitung der Gebietszone II an der **Eiserfelder Straße** ist vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich der letzten Jahre und der Vergleichbarkeit mit verschiedenen Bereichen in Siegen-Mitte, Siegen-Weidenau und auch Siegen-Geisweid zu beurteilen.

Die Flächen entlang der B 62 zwischen Hallenbad und IHW-Park sind durch die Ansiedlung der verschiedensten Einzelhandelsbetriebe (Biker-Laden, Ofen-Studio, Lidl, Fitness-Studio etc.) strukturell der Ortsmitte Eiserfeld zuzuordnen und sollten zukünftig auch in Fällen der Zahlung von Stellplatzablösebeträgen so behandelt werden. Damit wird der Grundsatz der Gleichbehandlung in den Siedlungsschwerpunkten der Stadt Siegen weitestgehend gewahrt.

2. Inhaltliche Anpassung der Stellplatzablösesatzung:

Mit Novellierung der BauO NRW vom 01.03.2000 haben sich wesentliche Änderungen für die Satzungsermächtigungen nach § 51 BauO NRW und deren Inhalte ergeben.

Die Begründung des Landtages zur Neufassung lautet wie folgt:

Die Neufassung des § 51 soll dazu führen, dass Stellplätze erst nach Überprüfung des im Einzelfalls zu ermittelnden Bedarfs für notwendig erachtet werden mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung der Errichtung von Stellplätzen auf privaten Grundstücken mit der Verkehrssituation in der jeweiligen Gemeinde sowohl im Bereich des Individualverkehrs, als auch im Bereich des ÖPNV. Damit soll der bisherigen Verwaltungspraxis begegnet werden, in der Regel ohne konkrete Bedarfsanalyse die Richtzahlentabelle zugrunde zu legen.

Bei der neuen Satzung (vgl. Anlage „Synopsis“) ist dies wie folgt zu berücksichtigen:

- Die **Ermächtigung die Zahlung von Ablösebeträgen auszusetzen**, wenn nachweislich der ÖPNV durch Job-Tickets genutzt wird (ehemals § 51 Abs. 6 BauO NRW 1995) entfällt. Der Wegfall dieser Ermächtigungsgrundlage hat zur Folge, dass die bisherigen Regelungen des § 5 Abs. 3-6 der Stellplatzablösesatzung unwirksam sind und künftig wegfallen.
- Die **Ermächtigung Verzichtssatzungen zu erlassen** (ehemals § 51 Abs. 5 Nr. 2 BauO NRW 1995) ist ebenfalls entfallen. Daraus resultiert,

dass die bisherigen Regelungen des § 5a unwirksam sind und in die neue Satzung nicht einfließen dürfen. Auf Ablösebeträge kann künftig generell nicht mehr verzichtet werden.

Entscheidende Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis hat der Wegfall der Verzichtssatzung, besonders für Vorhaben im Bereich der Oberstadt, während die „Jobticketregelung“ bisher nie in Anspruch genommen wurde.

Lösungsansätze zur Kompensierung des Wegfalls der Vergünstigungsregelung im Bereich der Oberstadt bietet der § 51 BauO NRW bei der Ermittlung des Stellplatzbedarfs durch folgende Regelungen:

- ▶ Orientierung am tatsächlichen Bedarf des Einzelfalls
- ▶ Berücksichtigung der örtlichen Verkehrssituation und der ÖPNV-Anbindung
- ▶ Bei Änderung im Bestand wird die Stellplatzfrage nur bei wesentlichen Änderungen der Anlage oder bei wesentlichen Änderungen der Nutzungsart untersucht (großer Ermessensspielraum).

Unabhängig von diesen Lösungsansätzen, sei an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, dass die Siegener Oberstadt (historische Altstadt, alle Flächen innerhalb der alten Stadtmauer) künftig der Gebietszone II zugeordnet ist.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ **nein**

nicht unmittelbar

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

ja	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg); border: 1px solid black; padding: 5px;"> X n i c h t u n m i t t e l b a r </div> <div style="margin: 0 10px;">nein</div> </div>
----	---

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Anlagen: 5

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Rainer Rosenthal

Datum
16.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

1.

Rat

05.02.2003

Betreff:

Kommunalwahl 2004
- Bildung des Wahlausschusses -

Beschlussvorschlag:

1. Für die Kommunalwahl 2004 wird ein Wahlausschuss mit 10 Beisitzern gebildet.
2. Der Rat der Stadt Siegen wählt folgende Personen in den Wahlausschuss:
 1. _____ Vertreter/in _____
 2. _____ Vertreter/in _____
 3. _____ Vertreter/in _____
 4. _____ Vertreter/in _____
 5. _____ Vertreter/in _____
 6. _____ Vertreter/in _____
 7. _____ Vertreter/in _____
 8. _____ Vertreter/in _____
 9. _____ Vertreter/in _____
 10. _____ Vertreter/in _____

Sachverhalt / Begründung:

Nach § 2 des Gesetzes über die Kommunalwahlen im Land Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz - KWahlG) ist zur Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahl 2004 für das Wahlgebiet der Stadt Siegen ein Wahlausschuss zu bilden.

Die Notwendigkeit der Bildung des Wahlausschusses zum jetzigen Zeitpunkt ergibt sich daraus, damit der Wahlausschuss nach der Sommerpause im September dieses Jahres über die Wahlbezirkseinteilung der Kommunalwahl 2004 beraten und beschließen kann. Erst nach der Veröffentlichung der Wahlbezirkseinteilung können in Vertreter- oder Mitgliederversammlungen der Parteien und Wählergruppen die Wahlbezirksbewerber gewählt werden.

Der Wahlausschuss besteht aus dem Wahlleiter als Vorsitzenden sowie 4, 6, 8 oder 10 Beisitzern, die vom Rat zu wählen sind. Die Wahl von sachkundigen Bürgern in den Wahlausschuss ist möglich. Die Benennung von Mitgliedern mit beratender Stimme gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7-10 GO NW ist durch § 2 Abs. 3 letzter Satz KWahlG ausgeschlossen.

Wahlleiter ist nach § 2 Abs. 1 KWahlG der Hauptverwaltungsbeamte des Wahlgebietes; im Falle seiner Bewerbung für das Amt des Bürgermeisters tritt an seine Stelle der Vertreter im Amt.

Dem Wahlausschuss obliegen nach § 2 Kommunalwahlordnung folgende Aufgaben:

1. das Wahlgebiet in Wahlbezirke einzuteilen,
2. über Verfügungen des Wahlleiters bei der Prüfung von Wahlvorschlägen zu entscheiden, wenn die Vertrauensperson den Wahlausschuss anruft,
3. über die Zulassung der Wahlvorschläge zu entscheiden,
4. das Wahlergebnis festzustellen,
5. abweichende Festsetzung der Wahlzeit, wenn besondere Gründe es erfordern.

Unter Berücksichtigung der Stärke des Wahlausschusses für die Kommunalwahl 2004 schlage ich vor, wieder einen Wahlausschuss mit 10 Beisitzern zu bilden.

Gemäß der Stärke der im Rat der Stadt Siegen vertretenen Fraktionen ergibt sich folgende Sitzverteilung:

CDU	6 Sitze
SPD	4 Sitze

Ich weise darauf hin, dass bei der Wahl des Ausschusses gemäß § 50 Abs. 3 GO NW entweder Einstimmigkeit gegeben sein muss oder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl in einem Wahlgang abzustimmen ist.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Siegerlandhalle
Bearbeitet von: Herrn Prinz

Datum
02.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Hallenausschuss	17.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend der in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Sachverhalt / Begründung:

1. Derzeitiger Mietrahmen

Mit Beschluss vom 05.11.1997 hat der Rat der Stadt Siegen die derzeit gültigen Mietsätze und Bewirtschaftungsregelungen für die Stadthallen und Bürgerhäuser mit Wirkung ab 01.01.1998 festgesetzt. Mit Beschluss vom 28.02.2001 hat der Rat sodann einen Ergänzungsbeschluss zur Mieterhöhung einzelner kleinerer Säle sowie der Bürgerhäuser mit Wirkung ab 01.03.2001 gefasst.

2. Mietanpassung für den Hüttensaal

Die Mietkonditionen für den Hüttensaal sind seit 01.01.1998 unverändert geblieben, da das Ambiente und die technische Ausstattung nicht mehr den Anforderungen entsprachen.

Im Rahmen des Modernisierungsprogrammes für die kleineren Säle der Siegerlandhalle ist der Hüttensaal im laufenden Haushaltsjahr grundlegend sa-

niert und modernisiert worden. Diese Maßnahme ist vor kurzem abgeschlossen worden.

Es wird nunmehr, auch unter Berücksichtigung vergleichbarer privater Konkurrenzobjekte, für vertretbar gehalten, die Mietsätze wie folgt anzupassen:

Nutzungsart	bisher	neu
<i>Reihenbestuhlung gesamter Saal (380 Plätze)</i>	310 €	380 €
Bankettbestuhlung gesamter Saal (300 Plätze)	285 €	320 €
Reihenbestuhlung abgeteilter Saal (240 Plätze)	205 €	230 €
Bankettbestuhlung abgeteilter Saal (160 Plätze)	160 €	170 €
Ausstellungen, Messen (Nutzung pro qm)	1,25 €	1,60 €

Es handelt sich jeweils um Netto-Beträge ohne Mehrwertsteuer. Alle sonstigen Mietsätze sowie die Bewirtschaftungsregelungen bleiben unverändert bestehen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. V.

Baumeister

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Siegerlandhalle
Bearbeitet von: Herrn Prinz

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Hallenausschuss	28.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle
nach erfolgter Modernisierung
hier: Ergänzung der Mietkonditionen für den abgeteilten Saal**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietfestsetzung für die Nutzung des abgeteilten Saales (1/4 des Raumes) auf 110 € zuzüglich Mehrwertsteuer mit Wirkung ab 01.01.2003.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Vorlage vom 02.12.2002, Vorlage Nr. 2399/2002 hat die Verwaltung die Mietanpassung für verschiedene Nutzungsvarianten des Hüttensaales vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind vom Hallenausschuss in seiner Sitzung am 17.12.2002 befürwortet und dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen worden. Gleichzeitig ist die Verwaltung beauftragt worden, zur nächsten Sitzung noch ergänzend einen Mietsatz für die Nutzung einer Viertel-Raumeinheit vorzuschlagen, bei nach Einbau einer zusätzlichen variablen Trennwand im Laufe dieses Jahres eine solche Nutzungsvariante möglich ist.

Dementsprechend wird vorgeschlagen, den Mietsatz für den zu 1/4 abgeteilten Hüttensaal auf 110 € zuzüglich Mehrwertsteuer festzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. V.

Baumeister

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Dietmar Grebe

Datum
16.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss II - Weidenau	28.11.2002
Bauausschuss	09.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Sachverhalt / Begründung:

Der Weg Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 ist mit Datum vom 07.09.1982 als Zufahrtsweg zu den o. g. Liegenschaften dem öffentlichen Verkehr gewidmet worden.

Öffentliche Verkehrsflächen sollen eingezogen werden, wenn sie keine Verkehrsbe-
deutung mehr haben oder überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Be-
seitigung vorliegen.

Die Situation in diesem Bereich hat sich grundlegend verändert. Die Fa. Achenbach hat ihren damaligen Standort aufgegeben. Das ehemalige Firmengelände ist mittlerweile mit einem Geschäftszentrum bebaut worden. Eine Zufahrt zu diesem Zentrum über das Flurstück 648 ist wegen der neuen Rechtsabbiegespur nicht mehr erforderlich. Die rückwärtige Zufahrt zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 und auch zu den neueren Gebäuden Bismarckstraße 2 - 4 kann sichergestellt werden, indem nach erfolgter Einziehung die Teilfläche aus dem Flurstück 648 an die v. g. Eigentümer veräußert und in den vorhandenen Parkplatz integriert wird. An einem Erwerb besteht großes Interesse, diesbezügliche Verhandlungen laufen bereits. Der Parkplatz befindet sich schon in deren Eigentum und dient auch dem baurechtlichen Stellplatznachweis für die v. g. Gebäude.

Unter diesen Voraussetzungen hat die v. g. öffentliche Wegefläche keine Verkehrsbedeutung mehr. Es wird daher vorgeschlagen, die Absicht der Einziehung zu beschließen. Von der Einziehung betroffen ist hierbei lediglich der Teil des Weges, der außerhalb der in diesem Bereich zwischenzeitlich ausgebauten Bismarckstraße liegt.

In dem beigefügten Planausschnitt ist die einzuziehende Wegefläche gekennzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------------	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH 19	<input type="checkbox"/> im VerwH 19	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--------------------------------------	--------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune
Stadtbaurat

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
28.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

05.02.2003

Betreff:

Ausschussneubesetzung

**hier: Ausländerbeirat, Ausschuss für Personal, Organisation und
Frauengleichstellung, Ausschuss für Soziales, Familien- und
Seniorenfragen und Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

1. in den Ausländerbeirat

Frau Katrin Dittert (Stv) als stellvertretendes beratendes Mitglied

2. in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

Herrn Heinz Müller (Stv) als ordentliches Mitglied und
Frau Christa Schlenther (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

3. in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Marc Klein (s. B.) als stellvertretendes Mitglied

5. in den Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Herrn Guido Bingener (s. B.) als ordentliches Mitglied,
Herrn Jürgen Werner (s. B.) als stellvertretendes Mitglied
Herrn Hendrik Menne (s. B.) als stellvertretendes Mitglied und
Herrn Matthias Bock (s. B.) als stellvertretendes Mitglied.

Sachverhalt / Begründung:

Die CDU-Fraktion bittet folgende Änderungen vorzunehmen:

Ausländerbeirat

Frau Katrin Dittert für ein von der Fraktion noch nicht besetzten Ausschusssitz

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung

Herr Heinz Müller für die ausgeschiedene Frau Irene Kessler, Frau Christa Schlenther übernimmt den stellvertretenden Sitz anstelle von Herrn Heinz Müller.

Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herr Marc Klein anstelle von Irene Kessler.

Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid

Herr Guido Bingener anstelle der ausgeschiedenen Frau Irene Kessler; Herr Jürgen Werner übernimmt den stellvertretenden Sitz von Herrn Guido Bingener.

Herr Hendrik Menne und Herr Matthias Bock für zwei von der Fraktion noch nicht besetzte Ausschusssitze.

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
03.02.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

05.02.2003

Betreff:

Ausschussneubesetzung

**hier: Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung,
Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

in den Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Herrn Detlef Rujanski (Stv) als ordentliches Mitglied

in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Marianne Wolf (Stv) als ordentliches Mitglied und Herr Heinrich Gerlach (Stv)
als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:

Die SPD-Fraktion bittet folgende Änderungen vorzunehmen:

Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung:

Herr Detlev Rujanski anstelle von Herrn Heinrich Gerlach.

Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen:

Frau Marianne Wolf anstelle von Herrn Detlev Rujanski,
Herr Heinrich Gerlach übernimmt den stellvertretenden Sitz von Frau Marianne Wolf.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen: